

„Die Politik versteht die Krise falsch“

Daniel Stelter, langjähriger Senior Partner der Unternehmensberatung Boston Consulting Group und Gründer des ThinkTanks „Beyond the obvious“, beklagt falsche Diagnosen und zeigt Wege aus der Schuldenkrise.

Herr Stelter, seit drei Jahren steckt die Euro-Zone in einer Schuldenkrise. Warum ist es bisher nicht gelungen, die Schuldenprobleme zu lösen?

Weil die Diagnose falsch ist und daher auch eine falsche Politik gemacht wird. Viele Politiker glauben noch immer, dass Europa in einer Staatsschuldenkrise steckt. Auf Griechenland trifft das zu, aber in den anderen Krisenstaaten - Spanien, Portugal und Irland - liegen die Probleme nicht im öffentlichen, sondern im privaten Sektor. Der Staat musste in diesen Ländern die Schulden von Unter-

nehmen und Privathaushalten übernehmen, etwa im Zuge der Bankenrettung.

Wie kommt es, dass so viele Politiker die Krise als Staatsschuldenkrise missverstehen?

Weil die Krise immer dann eskaliert ist, wenn die Zinsen auf Staatsanleihen angestiegen sind. Der Grund für die steigenden Zinsen war aber in vielen Ländern nicht nur, dass die Investoren an der Kreditwürdigkeit der Regierung zweifelten, sondern vielmehr auch, dass sie der überschuldeten Privatwirtschaft kein Wachstum mehr zutrauten. Hohe Schuldenstände im privaten Sektor können auch die Zinsen auf Staatsanleihen steigen lassen.

Warum ist die falsche Diagnose ein so großes Problem?

Die Krisenstaaten bekommen seit Jahren harte Sparprogramme auf-

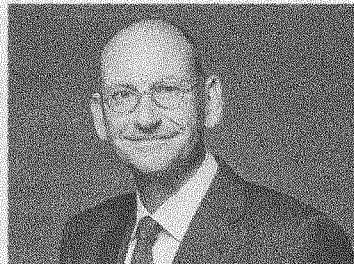
gedrückt, durch die die Wirtschaft abstürzt und die Schuldenlast nur noch schwerer wiegt. So wird es schwierig, die Probleme zu lösen. Wir kommen aus der Krise nur heraus, wenn wir die Schulden endlich aus der Welt schaffen - und zwar sowohl öffentliche als auch private, denn beide sind längst eng miteinander vermischt.

Wie schafft man Schulden aus der Welt?

Zum Beispiel mit einem Schuldentilgungsfonds, in den die Krisenstaaten einen Teil der öffentlichen und privaten Schulden auslagern dürfen. Ich habe dafür Grenzwerte von 60 Prozent für Staatsschulden und 90 Prozent für private Schulden vorgeschlagen. Alles, was über diesen Grenzwerten liegt, käme in einen Schuldentool, für den alle Euro-Staaten gemeinsam garantieren.

Was würde das bringen?

Es hätte den Vorteil, dass die Schulden des Privatsektors und des Staates auf ein erträgliches Maß gesenkt würden. Unternehmen und Privathaushalte würden schneller wieder anfangen, zu investieren und zu konsumieren, und die Regierungen hätten wieder Spielraum, die nötigen Reformen umzusetzen. Außerdem könnte man bei den Schulden, die im gemeinsamen Pool lan-



Unternehmensberater Daniel Stelter: Am Ende trifft es die Gläubiger.

den, die Zinszahlungen deutlich senken, wenn man sie mit Euro-Bonds refinanziert. Die Schulden abzubauen würde allerdings trotzdem nicht einfach werden, denn am Ende könnten in so einem Pool rund 5000 Milliarden Euro landen. Um die loszuwerden, braucht man neue Instrumente.

Woran denken Sie?

Ich kann mir vorstellen, dass bald ernsthaft über eine einmalige Vermögensabgabe nachgedacht wird. Noch schrecken Politiker vor dieser unpopulären Maßnahme zurück und hoffen lieber auf ein Wunder, das die Schulden verschwinden lässt. Doch egal, ob das Wunder Wachstum oder Inflation heißt: Es wird so schnell nicht kommen. Ohne eine Gläubigerbeteiligung wird es daher am Ende nicht gehen.

Die Fragen stellte **Malte Buhse**.